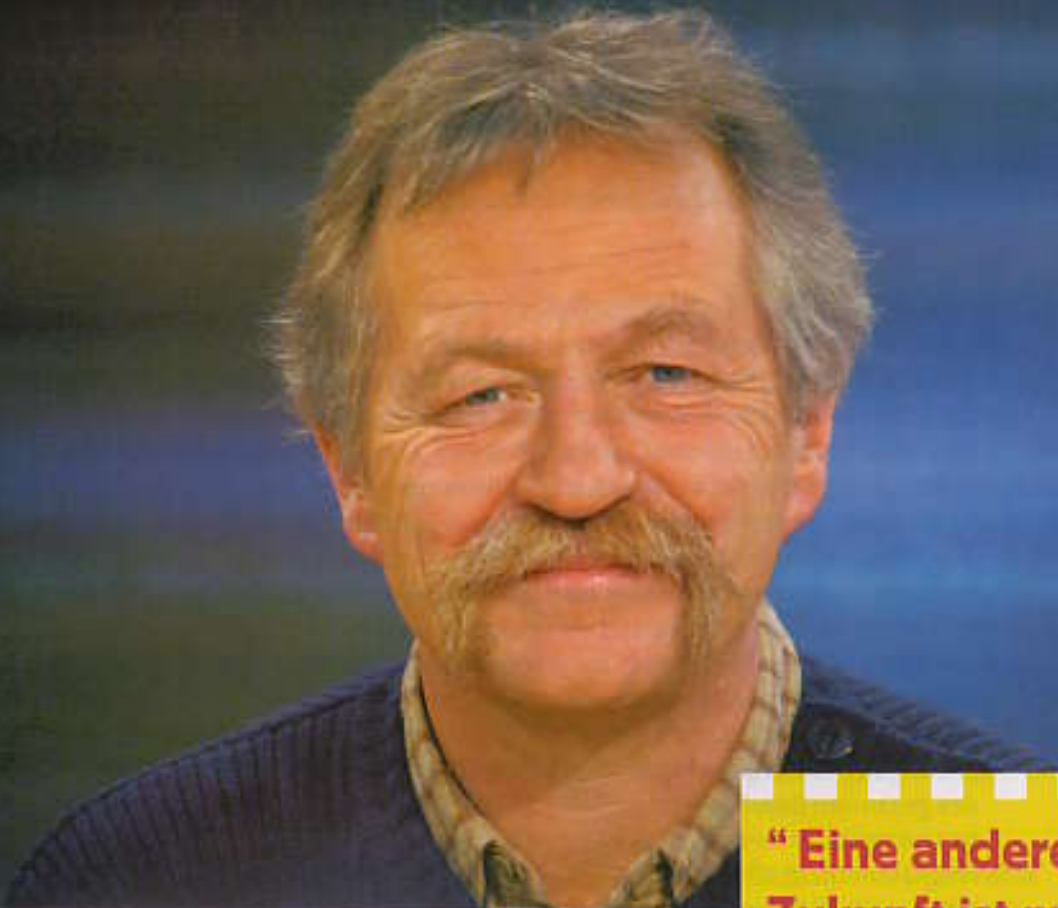




**“Eine andere
Zukunft ist möglich”**

José Bové

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ich unterscheide mich von den anderen Präsidentschaftskandidaten.

Ich gehöre keiner Partei an, komme aus der Bauerngewerkschaft, gehöre zur Altermondialismus-Bewegung und bin engagierter Staatsbürger.

Von tausenden sowohl politisch aktiven wie inaktiven Frauen und Männern unterschiedlichster politischer Richtung, wurde ich gebeten, ihr Kandidat für das Präsidentenamt zu sein.

Ich bitte Sie um Ihre Stimme als **Sprachrohr einer Bewegung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern**, die unter Prekarität und sozialer Unsicherheit leiden, die ein politisches System beanstanden, das von wenigen großen Parteien in Besitz genommen wurde, und die um ihrer selbst und der kommenden Generationen willen um die Zukunft unseres Planeten besorgt sind. Wie Sie selbst glaube ich nicht an den ständigen Machtwechsel zwischen der harten Rechten und der lauen Linken. Mit dem Wahlzettel halten Sie eine pazifistische Waffe in Händen, um dieses zu verdeutlichen. Vor zwei Jahren haben sich die Wählerinnen und Wähler gegen das Projekt der europäischen Verfassung aufgelehnt.

Am 22. April haben wir die Gelegenheit, dem Aufstand der Wähler gegen den ökonomischen Liberalismus Ausdruck zu verleihen.

Es ist möglich, unsere Lebensbedingungen zu verändern. Hier und jetzt können wir echte soziale, feministische, demokratische und ökologische Veränderungen durchsetzen.

Ihr Wahlzettel ist nützlich! Mit seiner Hilfe können wir die Rechte und die extreme Rechte besiegen, deren Politik soziale und ökologische Rückwärtsentwicklung bedeutet.

Ihr Wahlzettel ist hilfreich! Durch ihn kann es gelingen eine einigende alternative Linke aufzustellen, die der Gesellschaft des freien Marktes und des Profits um jeden Preis ein Ende setzt. Ihr Wahlzettel ist kostbar! Er gibt neue Hoffnung.

Am 22. April können Sie kundtun, dass eine neue Zukunft möglich ist.

Auf zu den Wahlurnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

... habe immer nach meinen Überzeugungen Freiheit auf dem Spiel stand. " José Bové

Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung Jeder Mensch hat ein Recht auf Gerechtigkeit, auf Anerkennung und auf Gleichheit, sowohl in Worten als auch in Taten. Zwischen Männern und Frauen muss wirkliche Gleichberechtigung hergestellt werden. Keine Form von Rassismus darf toleriert, sondern jede muss bekämpft werden.

- Ausarbeitung eines Rahmengesetzes, Gewalt gegen Frauen betreffend, Bildung eines Ministeriums für Frauenrechte.
- Verbesserung der Schulprogramme mit dem Ziel einer Entkolonisierung.
- rechtliche Anerkennung illegaler Einwanderer, aktives und passives Wahlrecht für ausländische Mitbürger/-innen.
- Wiedereinführung eines echten Asylrechtes.
- Annullierung der Gesetze, die Rechte von Migranten einschränken.
- Aufhebung der BAC.
- Rechtsgleichheit für gleichgeschlechtliche Paare und Transsexuelle (Möglichkeit von Heirat und Adoption).

Aufbau einer Welt des Friedens und der Solidarität durch gemeinschaftliche Teilhabe an den Ressourcen Wir möchten, dass Frankreich sich von einer wirtschaftsliberalen Politik distanziert, die den Konkurrenzkampf der Völker untereinander nur verstärkt und wirtschaftliche sowie bewaffnete Konflikte herausfordert. Unser Land muss sich für die Einhaltung des Völkerrechtes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit einsetzen. Es muss Mitbegründer eines gerechten Friedens auf der ganzen Welt werden.

- Reduzierung der Ausgaben für Verteidigung und Abschaffung der Atombombe, Nutzung der freiwerdenden Mittel zur Bekämpfung der extremen Armut in der Welt (Zugang zu Wasser, zu medizinischer Versorgung und zu Bildung).
- Einführung einer Steuer auf weltweite Transaktionen, Schuldenerlass für die Entwicklungsländer und sofortige Erhöhung des Entwicklungshilfebudgets auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts.
- Wiederaufnahme der Verhandlungen über die europäischen Verträge zur Schaffung einer demokratischen, sozialen und ökologischen Basis für die europäische Einigung.
- Infragestellung der Vereinbarungen über freien Warenaustausch mit den südlichen Ländern.
- Einbindung und rechtliche Unterordnung der Welthandelsorganisation in die UNO, damit Menschenrecht vor Handelsrecht geht.
- die internationalen Finanzinstitutionen (FMI und Weltbank) müssen die Bevorzugung der Interessen der reichen Länder einstellen, denn sie behindert das Völkerrecht auf Selbstbestimmung und die eigene Zukunftsgestaltung.

Neuer demokratischer Aufschwung Wir wollen eine neue Republik errichten, offen für die Diversität der Gesellschaft, sozial und bürgernah. Beginnend bei den sozialen Rechten, soll sie die Basis der Grundrechte erweitern.

- Verminderung der Rechte des Staatspräsidenten und Erweiterung der Rechte des Parlaments.
- Einführung des Integralen Verhältniswahlrechts und dem vom Volk initiierten Referendums.
- Ausarbeitung neuer Rechte zur Überprüfung und Bewertung von Firmen durch die Beschäftigten.
- Möglichkeit eines Vetorechts für die Beschäftigten oder deren Vertreter bei Sozialplänen oder bei Auslagerung von Arbeitsplätzen
- Anerkennung des Rechts eines jeden DOMs oder TOMs auf freie Selbstbestimmung.

Das vollständige Programm erhalten Sie auf der Internetseite uni-e-savebove.org

“Was ich sage, das tue ich auch. Ich habe gehandelt, auch wenn meine eigene Partei

Ein dringender Katalog sozialer Maßnahmen Zur Bekämpfung von Armut und Prekarität, auf dem Land wie auch in den Städten und Vorstädten verpflichtet wir uns, den Lebensstandard jedes Einzelnen umgehend zu verbessern, die Einkünfte zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

- › Erhöhung des Mindestlohns auf 1500 € netto.
- › Aufstockung der individualisierten Sozialhilfe um 300 €.
- › Landesweite Verhandlungen über Löhne und Gehälter mit dem Ziel einer generellen Erhöhung von 300 €.
- › Freistellung von 10 Milliarden € zur Schaffung einer Beihilfe für Jugendliche in Ausbildung oder auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz.
- › Herabsetzung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, nach 37,5 Versicherungsjahren; keine Rente unterhalb des Mindestlohnlevels.
- › Verbot von Entlassungen in Betrieben, die Gewinne machen.
- › Einrichtung eines Systems, das Beschäftigungssicherheit und berufliche Weiterbildung während des gesamten Berufslebens garantiert.
- › 100 prozentige Übernahme der Kosten für medizinische Vorsorge, Behandlung und Medikamente.
- › Programm für Stadtsanierung mit und für die Einwohner/-innen der Vorstädte, basierend auf der Würde, dem Wohlergehen und den Lebensbedingungen der Bewohner/-innen.

Ein neues Entwicklungsmodell Zum Schutz der Erde und zur Erhaltung der Biodiversität, wollen wir Sozialverantwortung und Ökologie verbinden und neue Wege in Produktion, Warenaustausch und Verbrauch beschreiten.

- › Vorrang abgasarmer Fahrzeuge. Gleichheit im Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln; dies betrifft sowohl ihre Verfügbarkeit als auch die Tarife.
- › Verbot von genveränderten Pflanzen im freien Feld, Moratorium über den Atomreaktor EPR, für Müllverbrennungsanlagen und Autobahnprojekte.
- › Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft. Sie schafft Arbeitsplätze, schützt die Umwelt und garantiert Europa und der ganzen Welt die Unabhängigkeit der Ernährung.

Vorrang für den öffentlichen Dienst, für soziale und solidarische Wirtschaft

Der öffentliche Dienst ist unverzichtbar für das soziale Wohl und schafft Arbeitsplätze. Er muss verstärkt, demokratisiert und ausgebaut werden, insbesondere für Vorschulkinder und Pflegebedürftige sowie für alle mit der Umwelt zusammenhängenden Aufgabenbereiche.

- › Errichtung eines öffentlichen Dienstes für Wohnungswesen, Beenden der Ausweisungen von Mietern und des Abrisses von Sozialwohnungen, Einfrieren der Mieten, Beschlagnahme freier und Sanierung alter Wohnungen, Bau von jährlich 120 000 Sozialwohnungen.
- › Schaffung eines eigenen Statutes für alle freiwilligen Dienste, insbesondere solche, die Alten, Behinderten und Personen in Wiedereingliederungsmaßnahmen zugute kommen.

Das Recht auf Bildung und Kultur für alle Bildung und Ausbildung müssen eine Vorrangstellung einnehmen. Durch ausreichend zur Verfügung gestellte Mittel und Planstellen muss sichergestellt werden, dass alle Kinder gleichen Zugang zu Bildung und Wissen erhalten, müssen künstlerische Freiheit und Zugang zur Kultur gewährleistet sein.

- › Aufhebung der Fillon-Gesetze, der Dezentralisierungsgesetze und der Robien-Dekrete.
- › Erhöhung des Bildungsetats auf 7% des Bruttosozialproduktes.
- › Erhöhung des Kulturetats auf 1% des Bruttosozialproduktes.
- › Neubewertung der sozialen Absicherung aller Beschäftigten in Kunst und Kultur, insbesondere bei Aushilfs- und Saisonkräften.
- › Ratifizierung der europäischen Charta für regionale Sprachen und Kultur.

... habe immer nach meinen Überzeugungen Freiheit auf dem Spiel stand. " José Bové

- Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung** Jeder Mensch hat ein Recht auf Gerechtigkeit, auf Anerkennung und auf Gleichheit, sowohl in Worten als auch in Taten. Zwischen Männern und Frauen muss wirkliche Gleichberechtigung hergestellt werden. Keine Form von Rassismus darf toleriert, sondern jede muss bekämpft werden.
- Ausarbeitung eines Rahmengesetzes, Gewalt gegen Frauen betreffend, Bildung eines Ministeriums für Frauenrechte.
 - Verbesserung der Schulprogramme mit dem Ziel einer Entkolonisierung.
 - rechtliche Anerkennung illegaler Einwanderer, aktives und passives Wahlrecht für ausländische Mitbürger/-innen.
 - Wiedereinführung eines echten Asylrechtes.
 - Annullierung der Gesetze, die Rechte von Migranten einschränken.
 - Aufhebung der BAC.
 - Rechtsgleichheit für gleichgeschlechtliche Paare und Transsexuelle (Möglichkeit von Heirat und Adoption).

- Aufbau einer Welt des Friedens und der Solidarität durch gemeinschaftliche Teilhabe an den Ressourcen** Wir möchten, dass Frankreich sich von einer wirtschaftsliberalen Politik distanziert, die den Konkurrenzkampf der Völker untereinander nur verstärkt und wirtschaftliche sowie bewaffnete Konflikte herausfordert. Unser Land muss sich für die Einhaltung des Völkerrechtes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit einsetzen. Es muss Mitbegründer eines gerechten Friedens auf der ganzen Welt werden.
- Reduzierung der Ausgaben für Verteidigung und Abschaffung der Atombombe, Nutzung der freiwerdenden Mittel zur Bekämpfung der extremen Armut in der Welt (Zugang zu Wasser, zu medizinischer Versorgung und zu Bildung).
 - Einführung einer Steuer auf weltweite Transaktionen, Schuldenerlass für die Entwicklungsländer und sofortige Erhöhung des Entwicklungshilfebudgets auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts.
 - Wiederaufnahme der Verhandlungen über die europäischen Verträge zur Schaffung einer demokratischen, sozialen und ökologischen Basis für die europäische Einigung.
 - Infragestellung der Vereinbarungen über freien Warenaustausch mit den südlichen Ländern.
 - Einbindung und rechtliche Unterordnung der Welthandelsorganisation in die UNO, damit Menschenrecht vor Handelsrecht geht.
 - die internationalen Finanzinstitutionen (FMI und Weltbank) müssen die Bevorzugung der Interessen der reichen Länder einstellen, denn sie behindert das Völkerrecht auf Selbstbestimmung und die eigene Zukunftsgestaltung.

- Neuer demokratischer Aufschwung** Wir wollen eine neue Republik errichten, offen für die Diversität der Gesellschaft, sozial und bürgernah. Beginnend bei den sozialen Rechten, soll sie die Basis der Grundrechte erweitern.
- Verminderung der Rechte des Staatspräsidenten und Erweiterung der Rechte des Parlaments.
 - Einführung des integralen Verhältniswahlrechts und dem vom Volk initiierten Referendums.
 - Ausarbeitung neuer Rechte zur Überprüfung und Bewertung von Firmen durch die Beschäftigten.
 - Möglichkeit eines Vetorechts für die Beschäftigten oder deren Vertreter bei Sozialplänen oder bei Auslagerung von Arbeitsplätzen
 - Anerkennung des Rechts eines jeden DOMs oder TOMs auf freie Selbstbestimmung.

Das vollständige Programm erhalten Sie auf der Internetseite uni-e-savebove.org



Am 22. April Millionen von nützlichen Stimmen Millionen von Stimmen für Bové

Wir sind Millionen Frauen und Männer, wir setzen uns seit mehreren Jahrzehnten für die Verbesserung unseres Lebens ein, wir kämpfen gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die durch Wirtschaftsliberalismus ausgelöst wird, wir lehnen das System der Dominierung ab, das unseren Planeten zerstört.

Am 22 April können wir unsere Lebenseinstellung, unsere Träume und unsere Wählerstimme miteinander vereinbaren:

- wir können zeigen, dass eine andere Lebensart, eine neue Produktionsweise und verändertes Konsumverhalten sowohl nötig als auch möglich sind.
- wir können die politische Rechte und extreme Rechte besiegen und all diejenigen zusammenführen, die sich nicht mit einer Linken zufrieden geben, die bereits darauf verzichtet hat, die Welt verändern zu wollen.
- wir können die Spaltung der Linken verhindern und dazu beitragen, eine alternative und antiliberale Linke zusammenzuführen.

März 2007. Wahlkampagne in einer Vorstadt von Roubaix.



September 2000. Protest indischer Bauern gegen das Saatgutmonopol multinationaler Gesellschaften.



2002. Bové fährt zum Gefängnis, wo er eine sechsmonatige Haftstrafe antritt, zu der er wegen Aufklärung über minderwertige Nahrungsmittel verurteilt wurde.



Februar 2007. Aubagne. Beginn einer kollektiven Präsidentschaftskandidatur, ebenso getragen von politisch aktiven wie von nicht engagierten Bürgerinnen und Bürgern, von Kommunisten, Sozialisten, von Umweltschützern, Trotzlisten, Alternativen, Anarchisten, und von Aktivisten aus den Vorstädten...



Februar 2007. In Marseille, während einer großen Versammlung zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes.



Arlette Laguiller

Kandidatin von Lutte Ouvrière

Arbeiterinnen, Arbeiter,

Die augenblicklich größten Probleme für die Arbeitenden sind die hohe Arbeitslosigkeit, der Rückgang des Lebensstandards und die zunehmende Schwierigkeit, eine angemessene Wohnung zu finden. Es gibt natürlich auch andere Probleme, wie der Zugang zu medizinischer Versorgung, die Bildung der Jugendlichen oder der Umweltschutz. Doch all diese Probleme, auch wenn sie sehr bedeutend sind, hängen zum großen Teil von den oben genannten ab.

Die Arbeitslosigkeit trifft, selbst nach den offiziellen Zahlen, die weit unter der Realität liegen, zweieinhalb Millionen Menschen. Aber mindestens ebenso zahlreich sind diejenigen, die nur unsichere Arbeitsplätze und erzwungene Teilzeitstellen haben und die aus diesem Grund mit einem Einkommen unterhalb des Smic (Mindestlohns) leben müssen. Was aus diesen Arbeitern Arme macht, teilweise sogar extrem Arme, von denen manche gezwungen sind, auf der Strasse zu leben.

Die Wohnungsnot ist seit Jahrzehnten eine weitere soziale Katastrophe, die jedoch nie so schlimm war wie heute. Laut der Fondation Abbé Pierre stehen eine Million zweihundert tausend Haushalte auf der Warteliste für eine Sozialwohnung, die nicht in genügender Zahl gebaut werden. Und zwei weitere Millionen, wenn nicht mehr, leben in Behelfsunterkünften, bei Verwandten, auf Campingplätzen oder in Elendsbehausungen.

Der Rückgang der Kaufkraft ist mittlerweile ebenso dramatisch. Der Lebensstandard der Arbeitenden und der einfachen Bevölkerung hat sich seit dreißig Jahren ständig nur verschlechtert, aufgrund des Einfrierens der Löhne sowie der steigenden Lebenshaltungskosten. Die Sécurité sociale erstattet immer weniger, die nicht-erstatteten Pauschalen werden immer mehr, was für die bescheidensten Familien-Haushalte nicht mehr zu verkraften ist.

Die Gehälter, selbst derjenigen, die nicht in ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse geraten sind, sind eindeutig zu niedrig, selbst um die gleiche Kaufkraft wie vor dreißig Jahren zu erreichen. Dasselbe gilt für die Renten.

In all diesen lebenswichtigen Bereichen verschlechtert sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung ständig.

So darf es nicht weitergehen!

Wie sollte man nicht die katastrophale Entwicklung der Situation der arbeitenden Bevölkerung mit den Gewinnen der großen Unternehmen und den Einkünften des Kapitals vergleichen?

Die Profite der Unternehmen steigen seit Jahren ständig. Wenn diese Profite wenigstens in die Schaffung neuer Produktivkräfte investiert würden, oder in zusätzliche Produktionsmittel, die nicht nur Arbeitsplätze schaffen würden, sondern auch so viele Verbrauchsgüter, dass es deren Preise senken würde, dann würden sie noch etwas Nützlichem dienen! Aber das ist nicht der Fall. Seit Jahren dienen die Profite nur zu falschen Investitionen, die darin bestehen, ganze oder Teile von bereits existierenden Unternehmen aufzukaufen; ein Konzentrationsprozess, der nicht nur keine neuen Arbeitsplätze schafft, sondern meistens bestehende vernichtet.

Die steigenden Profite dienen also nur dazu, sich gegenseitig aufzukaufen oder zu verkaufen. Das führt zu einer für die Wirtschaft katastrophalen Börsenspekulation, die andere Spekulationen, zum Beispiel im Immobilienhandel, nach sich zieht.

Deshalb kann keines der schwerwiegenden Probleme der arbeitenden Bevölkerung gelöst werden, ohne eine andere Verteilung der Profite durchzusetzen, die diesmal der Allgemeinheit dient.

Um der Arbeitslosigkeit ein Ende zu setzen

muss zuerst den großen Unternehmen jede Massenentlassung verboten werden, unter Androhung von Beschlagnahmung, das heißt der Enteignung ohne Rückkauf oder Entschädigung. Wenigstens ein Teil der derzeitigen und der in der Vergangenheit angehäuften Profite sollte dazu dienen, die existierenden Arbeitsplätze zu erhalten, oder sogar zusätzliche Einstellungen vorzunehmen. Anstatt dass die Einen sich durch Überstunden oder durch die Steigerung des Arbeitstempos aufreiben, während die Anderen in erzwungener Untätigkeit ermüden, muss die Arbeit bei gleich bleibendem Lohn unter Allen verteilt werden.

Der Staat seinerseits kann und muss Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst schaffen, denn dieser verschlechtert sich wegen mangelnden Personals überall. Das in staatlichen Krankenhäusern, in Altersheimen, im Erziehungswesen und im öffentlichen Verkehr nötige Personal muss eingestellt werden.

Um diesen notwendigen Aufwand zu finanzieren, müssen als erstes die Haushaltsausgaben neu ausgerichtet werden. Soll die Défense nationale finanziert werden, die einen so falschen Namen trägt, da sie keineswegs dazu dient, das Land zu verteidigen, sondern nur dazu, Kriege im Ausland zu führen, in Afrika oder Afghanistan? Oder sollte eher das Budget der Education nationale erhöht werden? Was ist wichtiger für die Gesellschaft: die Atomstreitmacht zu finanzieren oder Krankenhäuser und Entbindungsheime in Ortsnähe zu erhalten?

Der Staatshaushalt muss nicht nur neu ausgerichtet werden zugunsten der Ausgaben, die der ganzen Bevölkerung nutzen, auch seine Einnahmen müssen erhöht werden. Es ist ein Skandal, dass der größte Teil der Staatseinnahmen (53,1%) aus der Mehrwertsteuer und anderen indirekten Steuern kommt, die nicht progressiv sind und die vor allem die niedrigen Einkommen und in der Tat die Armen treffen. Der Teil der Steuern aus Gewinnen der Unternehmen oder der hohen Einkommen wird im Gegensatz dazu immer geringer.

Die Besteuerung der Gewinne der großen Unternehmen sowie der Einkommen der Reichen muss erhöht werden. Die Einkommenssteuer muss stark progressiv und ohne Höchstgrenze oder „bouclier fiscal“ sein. Die Mehrwertsteuer müsste hingegen stark gesenkt oder gar abgeschafft werden für die Güter des täglichen Verbrauchs.

Um das Problem der Wohnungsnot zu lösen

muss ein großer öffentlicher Dienst für das Wohnungswesen geschaffen werden, der sich darum kümmert, dringend die nötige Anzahl von Wohnungen zu bauen, das heißt wenigstens zwei Millionen in zwei Jahren, und zwar ohne die privaten Betonbauer zu beauftragen. Der Staat darf nicht zögern, die hierfür nötigen Grundstücke zu beschlagnahmen.

Um das alles zu finanzieren, müssen die 65 Milliarden Euro und mehr benutzt werden, die der Staat jährlich als öffentliche Hilfen den Unternehmen gewährt. Diese Milliarden, die von den Unternehmen schlicht und einfach ihren Gewinnen hinzugefügt werden, ohne jede Gegenleistung für die Gesellschaft, würden es erlauben, den Bau von genügend Sozialwohnungen zu finanzieren, so dass alle Wohnungsanträge befriedigt wären.

Um den Rückgang der Kaufkraft aufzuhalten

müssen alle Gehälter wenigstens um 300 Euro monatlich erhöht werden, der Smic sollte sofort auf 1500 Euro netto festgelegt werden. Die Unternehmer können dies sehr wohl verkraften. Kein Gehalt, keine Rente, keine Beihilfe, insbesondere für Behinderte, darf unter dieser Summe liegen.

Sämtliche unsicheren Arbeitsverträge müssen in unbefristete Verträge umgewandelt werden.

Die Lohnerhöhung muss finanziert werden, indem man sich der Einkünfte des Kapitals bedient. Es gibt keinen Grund dafür, dass die Dividenden 2006 im Durchschnitt um 25% erhöht wurden, während man die Löhne einfriert!

Schließlich müssen sämtliche von Balladur und Fillon getroffenen Maßnahmen gegen die Rentner zurückgenommen werden. Die steigende Zahl der Rentner im Vergleich zu der der Werktätigen anzuführen, um die Kürzung der Renten und die Anhebung des Rentenalters zu rechtfertigen, ist ein Betrug. Da die Produktivität seit einem halben Jahrhundert beachtlich gestiegen ist, ist es möglich, die Renten zu erhöhen, unter der Bedingung, dass die Früchte des Fortschritts nicht von den Besitzern des Kapitals alleine einkassiert werden.

Nicht mit dem Personalwechsel im Elyseepalast rechnen!

Weder Nicolas Sarkozy noch Ségolène Royal noch François Bayrou schlagen eine Politik vor, die den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt, was die drei lebenswichtigen Probleme betrifft: Arbeitslosigkeit, Lebenshaltungskosten und Wohnungsnot.

Nicolas Sarkozy ist der Mann der großen Konzerne und die arbeitende Bevölkerung hat nichts Gutes von ihm zu erwarten. Seine einzige Sorge ist, den Besitzenden die besten Bedingungen zu bieten, um ihr Kapital aufzuwerten und ihr Einkommen zu steigern.

Doch den Überfluss der Besitzenden noch zu steigern bedeutet, von dem zu nehmen, was für die Bevölkerung notwendig ist, wenn nicht gar lebenswichtig!

Was Ségolène Royal betrifft, manche ihrer Vorschläge – falls sie nicht leere Versprechungen bleiben – können als Verbesserungen einiger Probleme erscheinen. Aber sie schlägt nichts vor, was die Arbeitslosigkeit beseitigen, den allgemeinen Lebensstandard erhöhen und das Problem der Wohnungsnot lösen könnte für die, deren Einkommen niedrig sind.

Nicolas Sarkozy ist das Sprachrohr der großen Besitzer. Ségolène Royal will ihnen nicht die Stirn bieten. Weder der eine noch die andere, noch ihr Konkurrent Bayrou können annehmbare Lösungen für die entscheidenden Probleme der heutigen Zeit liefern.

Das Prinzip dieser Kandidaten ist es, das Eigentum der Konzerne und der Banken zu respektieren. Ihr aller Prinzip besteht darin, Maßnahmen vorzuschlagen, die im Rahmen des Budgets bleiben, wie es derzeit ist. Aber wenn man in diesem Rahmen bleibt, drehen sich die vorgeschlagenen Maßnahmen im Kreis und können keinerlei Hoffnung auf Änderung für die Bevölkerung bringen.

So ist es unbedingt notwendig, diesen Rahmen zu sprengen, nicht zu zögern, die diktatorische Macht der Kapitalbesitzer über die Unternehmen in Frage zu stellen und das Budget neu auszurichten, und zwar nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung, und nicht nur nach denen der Profite der Unternehmen und der Einkünfte der Kapitalbesitzer!

Die Marktwirtschaft, die Konkurrenz und der Krieg zwischen Industrie- und Finanzgruppen für den Profit führen die Gesellschaft zur Katastrophe. Sie beweisen ihre Unfähigkeit, der Mehrheit der Bevölkerung ein korrektes Leben zu gewährleisten; im Gegenteil, sie können nur die hohen Gewinne garantieren, die von der heutigen Finanzwelt verlangt werden, indem die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung immer weiter zerstört werden. Das wahre Leben, die Lebensbedingungen der Bevölkerung sind den Schwankungen der Finanzwelt und den Aktienkursen der Börse unterworfen.

Die einzige Alternative für die Gesellschaft ist, durchzusetzen, dass die großen Unternehmen, die großen Banken, die Finanz-Holdings der Kontrolle der Bevölkerung unterworfen werden.

Die Buchhaltung der Konzerne muss Tag für Tag veröffentlicht werden. Die Arbeiter eines Unternehmens, die Verbraucher und Benutzer müssen Einblick in die kurz- und langfristigen Projekte haben. Sie müssen die Möglichkeit haben, die Höhe der Einnahmen zu erfahren und auch, wie diese verwendet werden sollen.

Auch in die Einkünfte, das Hab und Gut der Besitzenden und der Großaktionäre der Industrie- und Bankunternehmen muss jeder Einsicht haben können. Denn diese Kontrolle macht es möglich nachzuprüfen, dass es absolut möglich ist, die wichtigen Forderungen der Bevölkerung zu befriedigen, die Arbeitsplätze zu erhalten, die Gehälter zu erhöhen und Allen eine korrekte Wohnung sowie allen Kindern aus einfachen Verhältnissen eine gute Ausbildung zu bieten.

So lautet das Programm, mit dem ich bei dieser Präsidentschaftswahl antrete. Natürlich kann sich dieses Programm nicht nur über die Stimmzettel verwirklichen.

Die Stimmzettel können darüber entscheiden, wer der neue Staatspräsident wird. Aber wer es auch sei, die wirkliche Macht, die wirtschaftliche Macht, bleibt in den Händen der gleichen Aufsichtsräte, die die Großaktionäre vertreten. Diese Macht wird einzig vor sehr mächtigen sozialen Kämpfen zurückweichen, die Millionen Ausgebeutete in der gemeinsamen Aktion vereinen, jene, die das Wahlrecht haben, wie auch die Gastarbeiter, die ungerechterweise davon ausgeschlossen sind.

Unterstützen Sie diese Ziele mit Ihrer Stimme!

Für mich zu stimmen bedeutet, dass Sie diesem Programm zustimmen und ihm genug Vertrauen schenken, damit die zukünftigen sozialen Kämpfe dessen Ziele übernehmen.

Die Stimme für meine Kandidatur ist eine Stimme der Protests, die eindeutig von der arbeitenden Klasse kommt. Nur diese Wahl ermöglicht den Wählern zu sagen, dass sie genug davon haben, dass die geführte Politik immer den Großunternehmen, den Bankiers, den Reichsten dient, während nichts Konkretes unternommen wird, um die lebenswichtigen Probleme der arbeitenden Bevölkerung zu lösen.

Nur die Stimme für meine Kandidatur ermöglicht zu betonen, dass Sie mit dem von mir verteidigten Programm einverstanden sind und dass Sie Eilmaßnahmen fordern, die die Arbeitslosigkeit beenden, sofort die Kaufkraft erhöhen und Allen eine angemessene Wohnung bieten.

Die Kandidaten, die den Anspruch erheben, im zweiten Wahlgang anwesend zu sein, rufen zu einem „nützlichen“ Stimmzettel schon beim ersten Wahlgang auf. Aber wozu würde dann der erste Wahlgang gut sein, wenn ihn die Wähler nicht nutzen würden, um auszudrücken, was sie wirklich wollen, während sie im zweiten Wahlgang ja nur für den weniger schlechten, oder den „weniger üblen“, der beiden Kandidaten stimmen können?

Man sollte diese Gelegenheit, die Forderungen der Ausgebeuteten und der Bevölkerungen zu bekräftigen, nicht verpassen.

Die Parteien der Kandidaten, die sich sehr wahrscheinlich im zweiten Wahlgang gegenüberstehen werden, haben sich seit fünfundzwanzig Jahren an der Macht abgewechselt, ohne dass sie je die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung aufgehalten hätten – ganz im Gegenteil: sie haben sie beschleunigt.

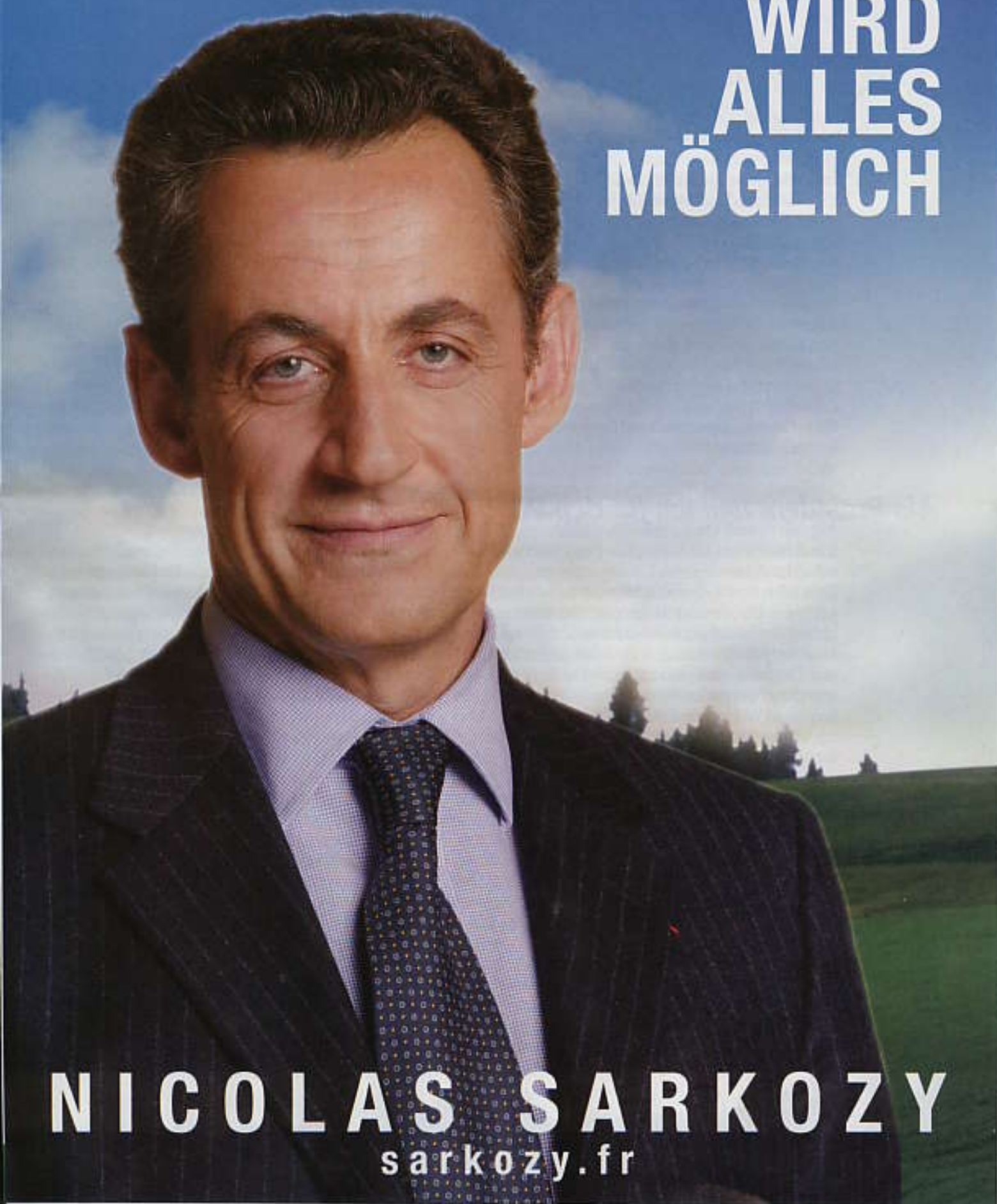
Für meine Kandidatur zu stimmen heißt gegen die Kandidaten von rechts und natürlich gegen die Rechtsradikalen zu stimmen, und es bedeutet auch, der Linken zu sagen, dass Sie nicht akzeptieren, dass diese eine Politik der Rechten führt. Der „vote utile“ im ersten Wahlgang ist deutlich zu machen dass, wer auch immer dann das Amt des Präsidenten bekleiden wird, er oder sie sich, wenn die Wahlen vorbei sind, den Forderungen der arbeitenden Klasse stellen muss.

AM 22. APRIL 2007,

STIMMEN SIE FÜR ARLETTE LAGUILLER!

GEMEINSAM

WIRD
ALLES
MÖGLICH



NICOLAS SARKOZY

sarkozy.fr

GEMEINSA

Alles chers concitoyens,

Seit fünfundzwanzig Jahren hören Sie, dass gegen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Ausgrenzung, Arbeitsplatzverlagerungen nichts unternommen werden kann. Es wird Ihnen erklärt, dass die Politik machtlos ist und die Staaten im Zeitalter der Globalisierung keine Rolle mehr spielen.

Ich mache den Vorschlag, dieser passiven, resignativen Einstellung endgültig ein Ende zu setzen.

Seit 2002 habe ich Ihnen gezeigt, dass Handeln möglich ist. Sicher ist noch viel zu tun. Aber in den letzten fünf Jahren ist die Kriminalität gesunken und die Immigration besser gesteuert worden.

Ich weiß, mit dem nötigen Willen können wir handeln. Unser Land durchlebt eine dreifache Krise. Eine Krise der Arbeit: Arbeit wird nicht mehr angemessen belohnt. Eine Krise des politischen Handelns: Politisches Handeln ist ohne Wirkung.

Eine Krise der Identität: Unsere Nation wagt es nicht mehr, ihre Werte zu verteidigen und weiterzugeben. Doch Fatalität gibt es nicht. Unser Land kann sich ändern. Es kann die anstehenden Herausforderungen bewältigen. Es kann die Probleme, mit denen Sie kämpfen, lösen, ohne seine Identität zu verlieren.

In den vergangenen Wochen habe ich Ihnen meine Vorschläge vorgestellt. Ich habe nicht versucht, Ihnen die Wahrheit vorzuenthalten, weil ich glaube, dass die Politik in unserem Land schon viel zu lange an mangelnder Ehrlichkeit krankt. Im Falle meines Wahlsieges werde ich zahlreiche konkrete Maßnahmen ergreifen; doch zum jetzigen Zeitpunkt, wo Sie entscheiden müssen, wer für die nächsten fünf Jahre die Geschicke unseres Landes lenken soll, möchte ich Ihnen darlegen, welche Werte mich in meinem Handeln leiten werden.

Als Präsident will ich für den Wert der Arbeit eintreten

Die Arbeit steht im Mittelpunkt meines Präsidentenschaftsprojektes.

Eine anhaltende Geringschätzung der Arbeit, eine geringere Entlohnung derjenigen, die arbeiten, eine höhere Unterstützung derer, die vom Sozialstaat leben, keinerlei Hilfe für diejenigen, die Arbeit suchen, machen aus Frankreich das europäische Land, in dem am wenigsten gearbeitet wird. Wir schaffen nicht mehr genügend Wohlstand. Das kann so nicht weitergehen. Ich will die Arbeit rehabilitieren. Arbeit ist die Voraussetzung für Freiheit und Würde. Alles muss getan werden, um denjenigen, die keine Arbeit haben, Arbeit zu geben. Es ist allerdings auch inakzeptabel, dass manche Arbeit ablehnen, obwohl sie arbeiten könnten.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass Arbeiten stets belohnt wird. Das Einkommen aus Arbeit muss höher sein, als die Einnahmen aus dem Sozialsystem und die Empfänger von Mindestsozialhilfe müssen eine gemeinnützige Tätigkeit übernehmen.

Ich werde die Schenkungs- und Erbschaftssteuern abschaffen, damit Sie die Früchte ihrer lebenslangen Arbeit an Ihre Kinder weitergeben können.

Die Aufteilung der Arbeit hat noch nie eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit bewirkt. Das ganze Geld,

dass wir ausgeben, damit die Franzosen weniger arbeiten, werde ich dafür verwenden, die Franzosen zu mehr Arbeit anzuregen, indem beispielsweise Unternehmen ermutigt werden, Senioren zu beschäftigen.

Das staatliche Arbeitsvermittlungssystem wird vereinheitlicht und soll jeder Person, die ihren Arbeitsplatz verloren hat dabei helfen, rasch wieder eine Beschäftigung zu finden. Die Arbeitsgesetzgebung wird reformiert, um Unternehmen Neueinstellungen zu erleichtern. Vor allem aber werde ich eine vollkommen neue Wirtschaftspolitik verfolgen. Ich werde in Ausbildung und Innovation investieren. Ich werde unsere KMU, den Handel und das Handwerk in ihrer Entwicklung unterstützen. Ich werde die Steuerlast für Unternehmen und Arbeit reduzieren. Ich werde unsere Landwirtschaft unterstützen und eine wahrhafte Industriepolitik einrichten, denn wir müssen unserer Industrie helfen, wie ich es mit Alstom getan habe. Ich werde aus dem Euro ein Werkzeug für Wachstum, Beschäftigung und wirtschaftliche Stärke machen, denn dafür haben wir ihn geschaffen.

Ich wünsche mir Vollbeschäftigung in weniger als fünf Jahren. Das ist möglich. Jeder kann einen festen Vollzeitarbeitsplatz haben, ich denke hierbei insbesondere an die Frauen. Denn so können wir am besten gegen Armut und Ausgrenzung kämpfen.



NICOLAS SARKOZY
sarkozy.fr

M WIRD ALLES MÖGLICH

Als Präsident stehe ich für Kaufkraft ein

Anstieg der Preise durch den Euro, zu niedrige Löhne, zu teure Wohnungen, zu hohe Steuern, deshalb sinkt die Kaufkraft in unserem Land. Deshalb sollen Überstunden mindestens 25 % mehr vergütet und von sämtlichen Steuern und Sozialabgaben befreit werden, damit durch mehr Arbeit auch wirklich mehr verdient werden kann. Als Gegenleistung für die vom Staat veranlasste Reduzierung der Abgaben, werde ich die

Unternehmen auffordern, die Löhne und Gehälter anzuheben. Ich werde die berufliche Gleichstellung und Lohngleichheit von Frauen und Männern garantieren. Ich werde die Steuern senken. Ich werde die niedrigen Renten aufwerten und die Sonderrentensysteme reformieren, um das beitragsgebundene Rentensystem zu konsolidieren. Ich werde die Kaufkraft der Rentner wahren.

Als Präsident werde ich für neue Schutzmechanismen eintreten

Sie möchten, dass Ihre Familie, Ihre Angehörigen, Ihr Arbeitsplatz geschützt sind. Das ist ein legitimer Anspruch.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern werden wir eine berufliche Sozialversicherung einrichten, die es Ihnen bei Arbeitsverlust ermöglichen wird, einen Arbeitsvertrag und einen Großteil Ihres Arbeitsentgeltes zu behalten und schnell einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Ich werde dafür sorgen, dass Sie alle Wohneigentümer sein können. Insbesondere werden Sie die Zinsen für ein Immobiliendarlehen von Ihren Steuern abziehen können. Nicht Steuerpflichtige erhalten eine entsprechende staatliche Förderung. Mit dem Wohlstand, den wir schaffen werden, kann die nötige Solidaritätspolitik eingerichtet werden: Vorrangig sollen Familien ab dem ersten Kind Unterstützung erhalten, unser

Gesundheitssystem soll gestärkt werden, unsere behinderten Mitbürger besser integriert werden, unsere Hochbetagten oder Pflegebedürftigen geschützt werden, um einen würdigen und friedlichen Lebensabend verbringen zu können.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass Europa uns mit konkreter Politik gegen die Globalisierung und Standortverlagerungen schützt. Ich werde das Prinzip der Gemeinschaftspräferenz wiederbeleben, wodurch Europa seine Produkte und seine Unternehmen schützen kann. Ich glaube, dass Europa Grenzen braucht: Ich werde mich gegen den Beitritt der Türkei aussprechen. Ich habe unseren Partnern vorgeschlagen, die europäische Krise durch einen vereinfachten, auf institutionelle Belange beschränkten Vertrag zu lösen, um schnell wieder funktionsfähig zu werden.

Als Präsident stehe ich für einen starken und unparteiischen Staat ein

Ich werde die V. Republik verteidigen, sie ist das beste Ordnungssystem, das wir jemals hatten und die Probleme unseres Landes sind nicht auf unsere Institutionen, sondern auf unsere Vorgehensweisen zurückzuführen. Ich werde mit einem kleinen Regierungstab und mit Transparenz regieren. Ich werde die Befugnisse des Parlaments stärken. Ich möchte ein unabhängiges und gleichzeitig verantwortliches Rechtssystem. Sie werden vor dem Risiko, ohne Verteidigung in Haft zu kommen geschützt sein und Sie werden an der Urteilsfindung über schwere Delikte

teilhaben, denn Recht wird in Ihrem Namen gesprochen. Ich werde die Einrichtungen der Daseinsvorsorge in den Quartieren und im ländlichen Raum fördern. Diese Einrichtungen müssen den Erwartungen der Bürger durch effizientere Angebote und entsprechende Öffnungszeiten besser gerecht werden. Bei Streiks wird eine Mindestversorgung, insbesondere im Verkehrswesen, gesetzlich verankert.

Ich werde mich stark auf den sozialen Dialog stützen. Ihre Gewerkschaften werden dadurch stärker, aber auch repräsentativer und verantwortungsbewusster.

GEMEINSAM WIRD ALLES MÖGLICH

Als Präsident stehe ich für die Zukunft der kommenden Generationen ein

Ich kann das Ausmaß des schulischen Versagens in unserem Land nicht akzeptieren. Ich akzeptiere nicht länger, dass Tausende von jungen Menschen in zukunftslose Hochschulstudiengänge geschickt werden. Ich kann die Situation unserer Lehrer, Professoren und Wissenschaftler nicht länger hinnehmen.

Ich garantiere allen unseren Kindern, dass sie das Wissen und die Kultur erwerben können, die für ein erfülltes Leben erforderlich sind. Die Qualität unseres Ausbildungs- und Forschungssystems ist ein wichtiger Treiber unseres Wachstums, deshalb werde ich das Hochschul- und Forschungswesen reformieren und den Interessierten

Hochschulen eine echte Autonomie gewähren.

Die nachhaltige Entwicklung wird im Mittelpunkt des öffentlichen und internationalen Handelns unseres Landes stehen. Wir müssen eine Umweltrevolution herbeiführen. Wir werden sie zu einer Quelle des Wachstums und der Beschäftigung machen.

Ich werde die Verschuldung und das Defizit abbauen, die durch das Scheitern der bisherigen Politiken verschärft wurden, wohingegen unsere Politik erfolgreich sein wird. Die kommenden Generationen können nicht länger akzeptieren, dass die jetzigen Generationen ihre Zukunft beleihen.

Als Präsident stehe ich für ein Frankreich ein, das auf seine Werte und Identität stolz ist

Mit Ihnen allen, Franzosen aus der Metropole, aus Übersee und dem Ausland, möchte ich der Geringschätzung, der Wohlfahrts-Mentalität den Rücken kehren und das persönliche Verdienst als einzigen Motor des sozialen Aufstiegs rehabilitieren. Ich möchte die Diskriminierung wegen sozialer Herkunft oder wegen der Hautfarbe beenden. Ich betrachte Autorität und Respekt als grundlegende Werte unserer Gesellschaft. Ich möchte, dass die Familie und die Schule diese Werte weitergeben. Ich möchte auch den Wert des persönlichen Engagements vermitteln und alle würdigen, die ehrenamtlich in Vereinen mitarbeiten. Ich werde die Sicherheitspolitik fortsetzen, insbesondere durch die Schaffung von Mindeststrafen für Mehrfachtäter und durch eine Reform des Jugendstrafrechts. Ich möchte, dass Frankreich ein offenes Land bleibt.

Eine ungesteuerte Zuwanderung jedoch ist die Ursache für massive soziale Ungleichgewichte.

Deshalb werde ich jährliche Zuwanderungsgrenzen festsetzen. Ich werde unnachgiebig sein, wenn es um den Respekt unserer Grundsätze geht, insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Prinzip der Laizität, die Gewissensfreiheit. Es wird keine Familienzusammenführung geben ohne französische Sprachkenntnisse, ohne Wohnung und Arbeit, um die Familie unabhängig von den Familienleistungen erhalten zu können.

Ich werde das künstlerische Schaffen fördern und die französische Sprache verteidigen, damit Frankreich eine große Kulturnation bleibt. Aber die Kultur soll auch für das Volk gemacht werden, deshalb werde ich den Zugang zur Kultur weit öffnen.

Frankreich wird auf der internationalen Bühne mitreden und sich bei gleichzeitiger Achtung seiner Unabhängigkeit, seiner Verbündeten und der Menschenrechte seiner Verantwortung stellen.



Je ne vous mentirai pas, je ne vous trahirai pas
Je ne me déroberai pas.
Je vous demande votre confiance pour
qu'ensemble tout devienne possible.

Meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger:
ich werde Sie nicht belügen, ich werde Sie nicht veräpfeln, ich werde
Ihnen Rede und Antwort stehen,
ich bitte Sie um Ihr Vertrauen, damit gemeinsam alles möglich wird.

fisher Lashy

NICOLAS SARKOZY
sarkozy.fr

Gérard Schivardi

MAIRE DE MAILHAC, CONSEILLER GÉNÉRAL DE GINESTAS (AUDE)

candidat présenté par des maires soutenu par le Parti des travailleurs

Madame, Monsieur,

Maire d'une petite commune de l'Aude, j'ai accepté de répondre à la demande faite par des collègues maires, le 18 novembre 2006, de me présenter à l'élection présidentielle.

Je suis candidat de maires qui se prononcent :

- ▶ pour la défense des services publics ;
- ▶ pour la reconquête de la démocratie politique et sociale ;
- ▶ pour la défense des 36 000 communes, contre les regroupements forcés ;
- ▶ contre la désertification industrielle et rurale ;
- ▶ pour la République laïque ;
- ▶ pour la rupture avec le traité de Maastricht, l'Union européenne et ses directives.



Comme nous, comme des millions de citoyens, vous êtes inquiets et vous vous posez la question :

Que va-t-il rester de notre pays ?

Délocalisations, remise en cause de la Sécurité sociale, des services publics, étranglement financier des communes (menacées de disparition, tout comme les départements), est-ce que cela ne fait pas un tout ?

Pour notre part, nous affirmons et nous le démontrons : derrière chacune de ces attaques, on trouve les directives européennes, qui s'appliquent et qui détruisent tout sur leur passage.

Avec des collègues maires, qui, au quotidien, se battent aux côtés des enseignants, des postiers, des salariés, des habitants, dans nos communes, pour sauver une classe, une école, un bureau de poste, une gare SNCF, une perception, une usine, un centre de paiement de la Sécurité sociale, une maternité ou un hôpital, nous nous sommes interrogés...

Est-il possible de laisser faire ?

Le 29 mai 2005, le peuple a voté non à la Constitution européenne à 55 %. Le mandat donné par ce vote est clair. Il faut en finir avec cette politique de destruction dictée par l'Union européenne, et qui n'épargne aucun domaine : les logements HLM, les emplois industriels et agricoles, notre école publique et notre Sécurité sociale, nos services publics et nos retraites.

Non, il n'est pas possible de laisser l'Union européenne tout détruire

Le peuple s'est clairement exprimé : la préservation, la défense et la reconquête de nos services publics, de nos communes, de nos écoles, exigent la rupture avec l'Union européenne et ses directives.

Pour notre part, il y a plusieurs mois, nous avons déclaré : « Tout candidat qui s'engagerait à faire un pas réel et concret remettant en cause le carcan de l'Union européenne aurait notre soutien. » Nous avons constaté qu'aucun des candidats en présence ne s'engageait dans cette voie, c'est pourquoi nous avons décidé de prendre nos responsabilités, parce que nous sommes liés à la population de nos communes.



ABROGER LES DIRECTIVES EUROPÉENNES...

Pour sauver Airbus, l'industrie, et stopper les délocalisations

ALCATEL, Alstom, EADS, Thomson, Thales, Peugeot, Renault, Arcelor, Saunier-Duval, Brandt... l'industrie a perdu un million d'emplois depuis le traité de Maastricht.

L'article 87 interdit « toutes aides accordées par les Etats ou au moyen de ressources d'Etat sous quelque forme que ce soit qui faussent ou menacent de fausser la concurrence en favorisant certaines entreprises ou certaines productions ».

Pour sauver les 10 000 emplois menacés à Airbus, il faut renationaliser l'entreprise, et pour cela abroger l'article 87.

Selon l'article 88, l'Union européenne peut exceptionnellement autoriser des aides, à condition qu'elles soient « accompagnées de mesures utiles exigées par le développement progressif ou le fonctionnement du marché commun ».

En application de cet article, les effectifs du groupe Alstom sont passés de 110 000 à 60 000.

Garantir tous les emplois, tous les sites, la renationalisation d'Airbus et des secteurs clés de l'industrie, exige la rupture avec le traité de Maastricht.

Pour sauver La Poste et EDF

LES BUREAUX de poste ferment les uns après les autres. La Poste est privatisée en points-poste chez les commerçants, les communes sont invitées à financer les agences postales.

Ce sont les directives européennes 97/67/CE et 2002/39/CE qui ont ouvert la distribution du courrier à la concurrence, cassant le monopole de La Poste. En application de cette privatisation, le décret du 8 janvier 2007 remet en cause la distribution du courrier 6 jours sur 7 partout en France.

Pourquoi les agents d'EDF interviennent-ils moins vite ?

Un maire : « Pour ma commune, j'ai pris un arrêté interdisant les coupures d'électricité pour les plus démunis et ceux qui sont privés de ressources. Maintenant qu'EDF est privatisé, ils veulent remettre mon arrêté en cause. »

Un autre maire : « Avant, on appelait le service EDF qui se trouvait dans le secteur. En vingt-quatre heures, on était dépanné. Maintenant, il faut téléphoner aux agglomérations qui se renvoient la balle. »

Ce sont les directives 96/92/CE et 2003/54/CE qui ont ouvert EDF à la concurrence, c'est-à-dire à la privatisation.

Il faut abroger ces directives.

Pour sauver les écoles, les hôpitaux, les maternités

C'EST l'article 104 du traité de Maastricht qui dicte la politique budgétaire des Etats membres : « Les Etats membres évitent les déficits excessifs, la Commission examine si la discipline budgétaire est respectée sur la base de deux critères ci-après :

- 3 % pour le rapport entre le déficit public prévu et le produit intérieur brut ;
- 60 % pour le rapport entre la dette publique et le PIB. »

Conséquences depuis 1992 et l'application du pacte de stabilité :

- 83 000 lits d'hôpitaux sur 540 000 ont été supprimés ;
- 680 maternités sur 1 300 ont été fermées ;
- Au total, en vingt-cinq ans, 11 948 écoles communales sur 61 602 ont disparu, 5 833 villages ont perdu leur école communale.
- Salaires bloqués, taux d'intérêt exorbitants, qui asphyxient les ménages endettés... C'est la Banque centrale européenne (BCE) qui le décide, quels que soient les gouvernements en place : « La Banque centrale européenne (...) ne peut accepter des instructions des gouvernements des Etats membres ou de tout autre organisme » (article 108 du traité de Maastricht-Amsterdam). Son objectif principal est de maintenir la stabilité des prix (article 105).

Il faut rompre avec la BCE et le pacte de stabilité.

Pour l'union libre des peuples et des nations libres d'Europe

Tous les peuples subissent les conséquences désastreuses de la politique de l'Union européenne. Dans chacun des pays membres de l'Union européenne, les peuples voient leur économie dévastée et leurs droits remis en cause par les diktats de Bruxelles.

Le 31 mars, des délégations de médecins, professeurs de médecine, travailleurs hospitaliers et syndicalistes de dix-sept pays d'Europe se sont rendus à la Commission de Bruxelles, porteuses du memorandum établissant les conséquences désastreuses du pacte de stabilité sur la situation des hôpitaux de chaque pays.

C'est sur la base de la satisfaction des besoins sociaux que l'union libre des peuples et des nations libres d'Europe se construira. La condition en est la rupture avec Maastricht.

C'est dans ces conditions que des collègues maires ont estimé qu'il fallait que l'un d'entre nous porte l'exigence de la rupture avec l'Union européenne dans les élections et m'ont demandé de le faire en leur nom.

Ce n'est pas un problème auquel sont confrontés seulement les petites communes ou le monde rural. Les villes se heurtent aux mêmes difficultés.

- On ferme les écoles publiques dans nos petites communes, on ferme par milliers les classes dans les grandes villes.

- On ferme les bureaux de poste dans nos petites communes, on ferme des guichets et des centres de tri dans les grandes villes, des bureaux de poste sont fermés dans tout le pays.

- On a fermé la petite maternité de Prades (Pyrénées-Orientales), contraignant les femmes à aller à Perpignan, avec les risques que cela comporte de faire 80 km dans des situations difficiles, et on ferme aussi la maternité d'Ivry-sur-Seine (Val-de-Marne), qui pratique 4 000 accouchements par an.

Suppressions d'emplois à Airbus, Alcatel ou Citroën... la désertification industrielle atteint tout le pays ; c'est un ravage pour les habitants, dans toutes les communes.

Quelle différence y a-t-il entre un travailleur licencié d'Alstom, à La Courneuve, en fin de droits, et un viticulteur de l'Aude ou de l'Hérault à qui il reste 300 euros pour faire vivre sa famille, une fois les frais d'exploitation payés ? L'un et l'autre peuvent basculer à tout moment dans la précarité et la misère.

Y a-t-il une issue à cette crise ? Oui, il y a une issue

Il n'est pas difficile de prouver que chacune de ces mesures qui frappent la population est liée à une directive européenne (*lire ci-contre*).

Alors, pour arrêter cette politique de destruction, nous disons : abrogation du traité de Maastricht, rupture avec l'Union européenne et ses directives, qui condamnent nos services publics et s'en prennent à tous nos droits.

Il faut porter un coup d'arrêt à ces ravages

C'est ce que disent des maires de toutes tendances qui ont apporté leur parrainage pour permettre cette candidature et qui commencent à se rassembler dans des comités de soutien.

C'est ce que dit, sur son propre plan, le Parti des travailleurs, qui soutient ma candidature parce que nous sommes d'accord sur ces questions essentielles, vitales pour la population.

C'est ce que disent les travailleurs d'Airbus : « *Aucun licenciement ! Nous voulons vivre !* »

Madame, Monsieur,

A travers cette candidature, nous lançons un appel à s'organiser pour agir, pour résister, pour reconquérir.

Il est contraire à la démocratie que le mandat du 29 mai 2005 ne soit pas respecté. Ce mandat exige clairement **la rupture avec l'Union européenne**.

Tous, nous voulons la réouverture des bureaux de poste dans toutes les communes, tous, nous voulons la réouverture de nos écoles communales et de nos classes, nous voulons l'abrogation des lois antilaïques, nous voulons défendre tous les emplois, dans l'industrie, dans l'agriculture, nous voulons la réouverture de nos hôpitaux et de nos maternités.

Le 22 avril, en votant Gérard Schivardi

**Vous direz : les ouvriers, les employés, les agriculteurs, les viticulteurs veulent vivre ;
les jeunes, les artisans, les commerçants, les chômeurs, les retraités veulent vivre ;
cette politique de destruction doit être stoppée.**

RUPTURE AVEC L'UNION EUROPÉENNE

QUI EST GÉRARD SCHIVARDI ?

■ Gérard Schivardi est maire de Mailhac, commune de 376 habitants, dans le département de l'Aude. Il est conseiller général de son canton, artisan maçon en activité.

■ Gérard Schivardi a été membre du Parti socialiste de 1975 à 2003. Il n'est membre aujourd'hui d'aucun parti politique.

■ En 2002, à l'occasion d'une rencontre organisée à La Garenne (Hérault) avec des maires et Daniel Gluckstein, alors candidat du Parti des travailleurs à l'élection présidentielle, plusieurs maires constituent le *Comité de défense des communes et des services publics*, qui a recueilli depuis le soutien de plus de 350 maires et 2 000 conseillers municipaux dans tout le pays.

Il s'agit, pour ces élus de la République, de préserver l'existence des 36 000 communes, foyers de la démocratie issus de la Révolution française, et les syndicats intercommunaux face à l'intercommunalité forcée.

■ Depuis, ce comité n'a cessé de combattre pour la défense des 36 000 communes dans la République une, indivisible et laïque, pour la défense des services publics. Il s'est engagé aux côtés de militants de toutes tendances, dont ceux du Parti des travailleurs, pour la victoire du vote non à la Constitution européenne.

■ Le 18 novembre 2006, à l'issue d'une manifestation qui a rassemblé 10 000 personnes, 40 maires se réunissent, mandatés par 350 autres maires, avec Gérard Schivardi et Daniel Gluckstein.

■ Constatant qu'aucun candidat ne s'engage dans la voie de la rupture avec l'Europe de Maastricht, ces maires demandent à Gérard Schivardi de se présenter en leur nom à l'élection présidentielle.

■ Le Parti des travailleurs soutient cette candidature, sa plate-forme politique comprenant, entre autres, la défense des 36 000 communes, des services publics, et la rupture avec l'Union européenne. C'est pour cette raison que ses militants, avec le comité de soutien, ont rassemblé 554 parrainages, et que Gérard Schivardi a demandé à Daniel Gluckstein de diriger sa campagne pour l'élection présidentielle.

COMMENT RECONQUÉRIR LA DÉMOCRATIE ?

PAR L'ÉLECTION D'UNE ASSEMBLÉE CONSTITUANTE, QUI PROCLAMERAIT SA SOUVERAINETÉ EN ROMPANT IMMÉDIATEMENT AVEC L'UNION EUROPÉENNE, SES TRAITÉS, SES INSTITUTIONS ET SA BANQUE CENTRALE.

UNE TELLE ASSEMBLÉE POURRAIT PRENDRE DES MESURES D'URGENCE :

■ contre les délocalisations, les licenciements et les restructurations : nationalisation des secteurs clés de l'industrie, pour une politique de réindustrialisation ;

■ rétablissement des aides de l'Etat de façon à garantir à chaque agriculteur, à chaque viticulteur, que le prix de son travail lui permette de vivre ;

■ renationalisation de La Poste, d'EDF, de la SNCF, des banques, en rétablissant le monopole d'Etat des services publics ;

■ plan de construction massive et de réhabilitation des HLM ; interdiction des expulsions ;

■ retour à la Sécurité sociale de 1945 et au remboursement complet des soins et des médicaments. Restitution à la Sécurité sociale des 175 milliards d'exonérations patronales depuis 1992 et des dettes de l'Etat pour garantir le droit aux soins pour tous ; retour au droit à la retraite à taux plein après 37,5 annuités de cotisation pour tous ;

■ abrogation des lois antilaïques, à commencer par l'article 89 (loi du 13 août 2004), qui contraint au financement des écoles privées ; rétablissement du principe républicain : fonds publics à l'école publique, fonds privés à l'école privée ;

■ réouverture des écoles communales, des collèges cantonaux ;

■ rétablissement de la libre administration des communes par l'abrogation des lois d'intercommunalité forcée ; défense des syndicats intercommunaux (SIVOM et SIVU) ; liberté des communes de s'associer comme elles l'entendent ;

■ droit pour les jeunes à un vrai travail en CDI, à de vrais diplômes reconnus et garantis par les conventions collectives.



Le 10 mars 2007, à Mailhac (Aude), Gérard Schivardi annonce le dépôt de plus de 500 parrainages de sa candidature lors d'une conférence de presse. Il est entouré de maires de toutes tendances, membres de son comité de soutien dans la région, et de Daniel Gluckstein, secrétaire national du Parti des travailleurs et directeur de sa campagne (photo IO).

Jean-Marie LE PEN

José BOVÉ

Arlette LAGUILLER

Dominique VOYNET

Nicolas SARKOZY

François BAYROU

ENOT